Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag- 168 Rpfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz. nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 263 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 11. November 1930

Das ist die Zeit der schweren Not.

„Wohlzutun und mitzuteilen vergesset nicht!"

Die Not des Volkes ist groß — wo man hinhört, wird von ihr gesprochen. Mit einem sorgenvollen: „So darf es nicht weitergehen, sonst reißt es vielleicht uns alle ins Verderben, auch diejenigen unter uns, welche die Not am eigenen Leibe noch nicht erfahren, welche sich eines, wenn auch noch so kleinen Besitzes erfreuen dürfen, welche in Lohn und Brot sind, welche noch nicht zu hungern und zu frieren brauchen, welche noch ein Dach über dem Kopfe haben. Ja, auch diese kann es mitreißen, denn noch wissen wir nicht, wo die Lawine zum Stehen kommt, noch sehen wir kein Ende der wirtschaftlichen Katastrophe!"

In den Ministerstuben, an den grünen Tischen, an den Stätten, wo die Behörden raten und taten, in den großen Privatbetrieben, in Banken und Fabrikkontoren — überall sitzen sie sinnend und kluge Worte redend beisammen, von überall kommt die bange Frage: „Wie helfen wir?" Und es wird ja geholfen. Es werden Unterstützungsfonds begründet, und es gibt soziale Versicherungen in großer Zahl, und das Reich und die Länder und die Gemeinden wetteifern in Beistandsleistung und suchen den Hunger zu stillen, wo er sich zeigt, und die Privaten, „durch Mitleid wissend", suchen sich ihrer Menschenpflicht, die auf dringendste Hilfe hinweist, nicht zu entziehen, und wer nicht freiwillig zu helfen bereit ist, wird durch sanften Druck, wird durch Besteuerungen aller Art verpflichtet, für den Darbenden einzustehen. Es scheint alles getan zu werden, und doch, es reicht nicht aus, die Not auch nur von einem Bruchteil der durch die Wirtschaftskrisis um Brot und Arbeit gebrachten Millionen fernzuhalten. Und nahe, ganz nahe, zeigt sich das Gespenst des Winters, eines vielleicht grausamen Winters.

Wir suchen nach Gründen, um das Warum der traurigen Lage zu ergründen. Daß wir an dem Versailler Diktat, daß wir an Dawes- und Young-Plänen kranken, daß wir hineingerissen sind in die große Weltwirtschaftskrise, die auch die reichsten Länder nicht verschont hat — wer wüßte das nicht? Aber ist uns im Augenblick geholfen, wenn wir das wissen? Ist es so wichtig, um Politisches zu streiten, wenn unser Volk in Not ist? Bei der großen Not der vielen sollte es vor allem darauf ankommen, zu helfen. Es gibt ja, wie wir gezeigt haben, die „offizielle" Hilfe, aber ihr sind Grenzen gesetzt in der Steuerkraft des Steuerzahlers, die nicht von Eisen ist. Die private Hilfe aber, der gute Wille der einzelnen ist noch lange nicht erschöpft — es fehlt nur die Anregung, es fehlt nur die planvolle Organisation, um sie wirksamer zu machen. Wir sind ehrlich überzeugt, daß es unter uns viele gibt, die ihr Herz sprechen lassen und über das hinaus, was sie dem Staate opfern müssen, auch freiwillig noch beitragen würden zum Nutzen der Elendsscharen. Also sollte, also müßte, wer noch etwas hat, unbedingt sein Scherflein beitragen zur Linderung der Not der anderen, und wenn es nur zehn Pfennige, und wenn es nur fünf Pfennige in der Woche wären. Viele Wenig machen ein Viel, und wenn auch die vielen Wenig bestimmt noch nicht langen würden, um aller Not, die uns umringt, zu steuern — ein großer Schritt vorwärts wäre damit doch schon getan; denn den vier oder fünf Millionen, die brot- und arbeitslos sind, stehen immer noch Millionen solcher, welche bitterste Not nicht zu spüren bekommen, gegenüber, und diese sind es, die große Masse des Volkes ist es, an deren Mitleid, an deren Mitgefühl der Ruf zu helfen ergeht. Und wenn der einzelne versagt — nicht, weil er nicht gern helfen möchte, sondern weil er nicht recht weiß, wie er seine Hilfe am besten anbringen könnte, — so müßten die vielen Vereine, die wir haben, die Verbände, die Genossenschaften, die Wohlfahrtsorganisationen sich zusammenfinden zu einem Hilfswerk. Es brauchte nicht „großartig aufgezogen" zu sein, mit pompösen Veranstaltungen — nein, an die Herzen müßte es sich wenden, zu den Herzen müßte es sprechen können mit schlichten, aber eindringlichen Worten.

„Wohlzutun und mitzuteilen vergesset nicht!" so heißt es im Neuen Testament. So tut denn wohl, so teilet denn mit von dem, was ihr habt, so schließet euch zusammen zu einer Phalanx von Helfern, so schreitet denn mit offenen Händen durch die Massen der Darbenden. Denkt an den Winter und helfet und helfet, auf daß keiner von denen, welche eure Brüder und Schwestern sind, durch eure Mitschuld in noch größere Not gerate!

Etatsberatungen im Reichsrat.

Beschleunigte Ausschußarbeiten.

Die Ausschüsse des Reichsrates traten in die Etatsberatung ein. Erledigt wurden bisher die Etats der Reichskanzlei, des Reichspräsidenten, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsjustizministeriums, des Reichstages, des Reichsfinanzministeriums, der Versorgungsetat, der Etat des Reichssparkommissars, der Reichsschuld, des Reichsinnenministeriums, der Reichsposthaushalt. In den folgenden Tagen soll der Etat des Reichsarbeitsministeriums in Angriff genommen werden.

Beginn der Preissenkung

Lebensmittel werden billiger.

Anpassung der Preise an den Lohnabbau.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie, der einen gestaffelten Lohnabbau vorsieht, hat grundsätzliche Bedeutung und dürfte ähnliche Entscheidungen bei Lohnkonflikten nach sich ziehen. Die Forderungen der Arbeiterschaft gehen jetzt natürlich vor allem auf eine entsprechende

Senkung der Lebensmittelpreise,

um dem geminderten Lohn wenigstens die Kaufkraft des alten höheren Lohnes zu geben. Man wird insbesondere durch die Spitzenorganisationen bei der Reichsregierung Forderungen auf Reduktion der Handelsspanne der Lebensmittelpreise stellen.

Die Verhandlungen, die das Reichsernährungsministerium seit einigen Tagen mit den Vertretern des Einzelhandels über die Herabsetzung der wichtigsten Lebensmittelpreise führt, sollen dem Vernehmen nach in einigen wesentlichen Teilen bereits von Erfolg gewesen sein.

Eine Preissenkung für Brot und Fleisch soll unmittelbar bevorstehen.

Nachrichten aus Kleinhandelskreisen zufolge soll die Preissenkung sogar beträchtlicher ausfallen, als man bisher günstigstenfalls erwartet hat. Auch die Verhandlungen über die

Senkung der Milchpreise

sollen günstig stehen. Jedenfalls setzt die Reichsregierung ihre Bemühungen weiter fort und hofft, ohne Zwangsmaßregeln auf Grund freiwilliger Vereinbarungen weitere Preissenkungen und damit die Grundlage zu einer allgemeinen Belebung der Wirtschaft zu erreichen.

Die ersten Preissenkungen.

Billigeres Brot, Fleisch und Milch in Groß-Berlin vom 13. November ab.

Im Verfolg der Besprechungen im Reichsernährungsministerium mit den Vertretern der Spitzenorganisation der deutschen Bäckerinnungen, mit dem Zweckverband der Vereinigung der Brotfabrikanten und Bäckermeister Groß-Berlins, ferner mit den Vertretern des Fleischergewerbes und des Verbandes der Vereinigten Berliner Milchhändler bzw. der Arbeitsgemeinschaft der freien Milchhändler und des Milchverkaufsverbandes norddeutscher Meiereien konnte vom Reichsminister Schiele folgendes Ergebnis festgestellt werden:

Beim Brot

konnte die Spanne, die in Berlin gegenwärtig 19 Pf. für das Kilogramm Brot, d. h. für das 2½-Pfund-Brot 23,75 Pf. gegenüber dem Mehlpreis beträgt, um 4 Pf., d. h. um rund 16 Prozent, gesenkt werden. Die Berliner Bevölkerung wird daher vom 13. November ab für 2½ Pfund Brot statt 50 nur noch 46 Pf. zu zahlen haben, was einer Senkung des Brotpreises um 8 Prozent entspricht.

Unter der Voraussetzung, daß in Reich und Ländern sowie Kommunen eine gleiche Senkung des Brotpreises erreicht wird, könnte eine Ersparnis der sich nicht selbst versorgenden Bevölkerung von rund 100 Millionen Mark erreicht werden.

Im übrigen haben die Bäckerorganisationen sich nunmehr bereit erklärt, das Brot entsprechend den Vorschriften des Brotgesetzes künftig nach festen Gewichten zu gleitenden Preisen zu verkaufen.

Bei den Fleischpreisen

hat der Deutsche Fleischerverband den Beschluß gefaßt, an die Verbandsmitglieder die Aufforderung zu richten, zunächst die Spanne für Schweinefleisch um 5 Pfennig je Pfund zu senken. Der Bezirksverein Berlin hat hierzu die Erklärung abgegeben, daß er vom 11. November ab diesen Beschluß bis 13. November in Kraft setzen wird.

Die Handelsspanne der Milch

wird für Groß-Berlin um 1 Pfennig vom nächsten Montag ab herabgesetzt werden. Ein weiteres Entgegenkommen des Milchhandels wird damit angestrebt, daß der Handel sich verpflichtet, die höheren Preise für Qualitätsbezahlung in diese Handelsspanne einzubeziehen.

Für Kartoffeln sind die Untersuchungen über die Preisspanne noch nicht abgeschlossen. Die bereits vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß die Handelsspannen bei Kartoffeln zurzeit gegenüber dem Durchschnitt der Vorjahre 1924/30 außerordentlich überhöht sind und daß namentlich bei der Kleinhandelsspanne, die im Oktober 54 Prozent gegenüber 36 Prozent von 1924/30 betragen hat, die Möglichkeit einer Senkung durchaus besteht.

*

Die deutsche Ernte 1930.

Endgültige Schätzung des Landwirtschaftsrates.

Die Preisberichtstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat hat gemeinsam mit den Landwirtschaftskammern am 15. Oktober 1930 bei ihren Berichterstattern eine endgültige Ernteerhebung unter Zugrundelegung der Druschergebnisse durchgeführt. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Erhebung der Preisberichtstelle die Ernteschätzung des Statistischen Reichsamtes vom Anfang September d. J. bestätigt.

Beim Winterweizen

wurden im Reichsdurchschnitt je Hektar 21 Doppelzentner geerntet. Nach der Preisberichtstellenschätzung dürfte sich demnach unter Zugrundelegung der Anbauflächen dieses Jahres die Winterweizenernte auf etwa 3,39 Millionen Tonnen belaufen. Der Gesamtzuschußbedarf an Weizen wird unter Berücksichtigung des Sommerweizenbetrages von etwa 330 000 Tonnen im ganzen Wirtschaftsjahr demnach nur etwa 700 000—800 000 Tonnen betragen.

Der Winterroggenhektarertrag

wird von der Preisberichtstelle mit 16,2 Doppelzentnern ermittelt. Das bedeutet, daß die diesjährige Roggenernte um etwa 500 000 Tonnen geringer ist als die des Vorjahres und um etwa 900 000 Tonnen kleiner als die Ernte des Jahres 1928.

Die Wintergerstenernte

ist mit einem Hektarertrag von 24 Doppelzentnern nach der Schätzung der Preisberichtstelle günstig ausgefallen. Auch die Sommergerstenernte ergab bei der Erhebung am 15. Oktober 1930 mit 18,2 Doppelzentnern ein günstigeres Ergebnis, als das Reichsamt Anfang September mit 17,0 Doppelzentnern feststellen konnte. Die Sommergerstenernte dürfte in diesem Jahre um 400 000—600 000 Tonnen geringer sein als in den Vorjahren.

Die Haferernte

brachte einen Hektarertrag von 16,6 Doppelzentnern gegenüber einem Vorjahrsertrag von 20,7 Doppelzentnern. Der Hafermindererertrag dürfte sich in diesem Jahre demnach auf etwa 1,7 Millionen Tonnen belaufen.

Die Kartoffelernte

wurde von der Preisberichtstelle am 15. Oktober 1930 bei einem Hektarertrag von 167,3 Doppelzentnern je Hektar (gegenüber 124,6 Doppelzentnern je Hektar zur gleichen Zeit des Vorjahres) auf ungefähr 46,78 Millionen Tonnen geschätzt.

*

Forderungen des Reichslandbundes.

Sofortige Maßnahmen verlangt.

Die Präsidenten des Reichslandbundes werden in einer Eingabe an die Reichsregierung umfassende Forderungen zur Rettung der Landwirtschaft, die in der letzten Bundesvorstandssitzung einstimmig beschlossen wurden, überreichen.

Es wird darin betont, daß die Verzweiflung und damit die Radikalisierung auf dem Lande immer schärfere Formen annimmt. Nur durch Abstellung der Ursachen der Agrarnot mittels grundlegender Maßnahmen, die sofort zur Durchführung gelangen, könne die Ruhe auf dem Lande wiederhergestellt werden. Dann werden die Forderungen aufgeführt, an deren Spitze die Forderung einer weitgehenden Steuer- und kreditpolitischen Entlastung der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der zu erweiternden Umschuldungsaktion steht. Gleichzeitig wird die zwingende Notwendigkeit einer Beseitigung der Tributlasten betont. Weiterhin wird die umgehende Erhöhung der Zollsätze für Vieh und Fleisch, für Milch, Butter und sonstige Molkereierzeugnisse verlangt. Sofortige Schutzmaßnahmen werden auch für die heimische Holzerzeugung für dringend erachtet. Schädigungen durch die Tarifpolitik der Reichsbahn müssen durch Änderung der Tarife schleunigst behoben werden.

Oesterreichs Parlament kaum geändert.

Versagen der bürgerlichen Mitte.

Man hatte stärkere Verschiebungen der Parteien nach dem erbitterten Wahlkampf, der dem Entscheidungstag vorausgegangen war, erwartet. Unter dem früheren Bundeskanzler Dr. Schober war zwar eine neue Gruppe der Mitte gebildet, welche die gemäßigten bürgerlichen Elemente unter dem Namen „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund" zusammenfassen sollte. Es gelang ihm aber nicht, mehr als 19 Mandate zu erringen. Zu seiner Fahne stießen die im früheren Parlament mit zwölf Abgeordneten tätigen Großdeutschen und die neuen Vertreter des Landbundes, die ehemals im allgemeinen mit den Christlichsozialen gingen. Die Christlichsozialen sanken von 73 auf 66 Mandate, einschließlich Heim- und Heimatwehr, ferner erhielt der Heimatblock acht Mandate. Die Sozialdemokraten errangen 72 Mandate gegen 71 vorher. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten sowie andere Splitterparteien fallen gemäß dem besonderen österreichischen Wahlrecht ganz aus.

Ein Vergleich der Gesamtziffern der österreichischen Wahlen mit denen der letzten Wahlen ergibt: Insgesamt wurden sozialistische Stimmen abgegeben 1 623 070 gegenüber rund 1 550 000 im Jahre 1927, bürgerliche Stimmen 1 645 881 gegen rund 1 980 000 im Jahre 1927. Das ergibt für die Sozialisten eine Zunahme von etwa 73 000, für die Bürgerlichen eine Abnahme von etwa 335 000 Stimmen. Die starke Abnahme der bürgerlichen Stimmen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF